

375 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates (V. G.P.)

Bericht des Ausschusses für Handel und Wiederaufbau

über die Regierungsvorlage (354 der Beilagen): Bundesgesetz über die Wiederherstellung des österreichischen Wettbewerbsrechts (Wettbewerbsrechts-Überleitungsgesetz — W-ÜG.).

Die Regierungsvorlage stellt das Gegenstück zur Verordnung vom 18. Juni 1940 dar, durch die in Österreich das reichsdeutsche Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und die Zugabeverordnung eingeführt wurde.

Die Regierungsvorlage hat den Zweck, die eben erwähnten beiden Vorschriften aufzuheben und die 1940 verdrängten österreichischen Bestimmungen wieder in Kraft zu setzen.

Der Ausschuss für Handel und Wiederaufbau hat sich mit der Regierungsvorlage zunächst in

der Sitzung vom 19. Mai 1947 befaßt und ist in einer weiteren Sitzung am 21. Mai 1947 zu der einhelligen Auffassung gekommen, daß es zweckmäßig ist, das bewährte österreichische Recht wieder in Geltung zu setzen. Die zahlreichen Verordnungen, die auf Grund der österreichischen Gesetze seinerzeit erlassen wurden, treten nicht von selber wieder in Kraft, sondern werden neu erlassen werden, sobald eine wirtschaftliche Notwendigkeit dafür besteht.

Der Ausschuss für Handel und Wiederaufbau stellt daher den Antrag, der Nationalrat wolle dem in Nr. 354 der Beilagen enthaltenen Gesetzesentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, am 21. Mai 1947.

Dr. Kolb,
Berichterstatte r.

Kapsreiter,
Obmann.